



Bericht aus Bern Herbstsession 1. Sessionswoche 07.09.-11.09.2015

Cyberkrieg, Asyldebatte und Wahlkampf

Die traktandierten Geschäfte am Montagmittag waren nicht spektakulär. Zum zweiten Mal hat sich der Nationalrat mit dem Nachrichtendienstgesetz befasst. Dieses will dem Nachrichtendienst des Bundes neue Möglichkeiten zur präventiven Überwachung in die Hand geben, so das Verwanzen von Privaträumen oder das Abhören von Telefonen. Umstritten ist nach wie vor die Kabelaufklärung, welche die Überwachung von grenzüberschreitenden Datenströmen erlaubt. Zudem ist es dem Nachrichtendienst des Bundes erlaubt, zur Informationsbeschaffung in Computer auch im Ausland einzudringen. Grüne und Linke drohen vor allem wegen dieser Sache nach wie vor mit einem Referendum. Sie befürchten, dass so ein eigentlicher Cyberkrieg geführt werden könnte.

Altersvorsorge

Am Montagabend, nach Schluss der Sitzung, findet ein Podium, organisiert von Economie Suisse, zur Altersvorsorge statt. Vier Ständeräte aus allen Regierungsparteien, darunter der Schweizer Ständerat Alex Kuprecht, diskutieren den Vorschlag der vorberatenden Ständeratskommission.

Die Leute werden älter. Es gibt immer weniger Beitragszahler pro Rentner. Bei der beruflichen Vorsorge ist der «dritte Beitragszahler» schwach geworden, das heisst die Rendite des angelegten Kapitals nimmt ab. Wenn keine Massnahmen getroffen werden, ist die Finanzierung der AHV und der beruflichen Vorsorge nicht mehr gewährleistet. Bei der Diskussion ist man sich einig, dass das Referenzalter auf 65 für alle mit Flexibilisierung zwischen 62 und 70 erhöht werden muss, dass auch die Mehrwertsteuer zur Finanzierung herangezogen werden muss, dass beim BVG der Mindestumwandlungssatz auf sechs Prozent gesenkt werden muss.

Nicht einig ist man sich über den Leistungsausbau, weder bei der AHV noch bei der beruflichen Vorsorge. Ich hoffe, dass schliesslich das neue Parlament gute Lösungen findet und die Altersvorsorge für die Zukunft sichert. Nach meiner Ansicht muss sich das Parlament auf die Erhaltung des heutigen Leistungsniveaus konzentrieren und auf einen teuren Leistungsausbau verzichten.

Kein Chaos

Die Asyldebatte beginnt für mich schon am Dienstagabend an der Mitgliederversammlung der CVP Kanton Schwyz in Sattel und endet 24 Stunden später im Nationalratssaal in Bern. Der Anlass der kantonalen CVP war für mich höchst interessant. Die Referate des Gemeindevertreters aus Arth, des Leiters des Amtes für Migration im Kanton Schwyz und der Leiterin des Durchgangszentrums Grünenwald waren praxisbezogen und aufschlussreich. An der anschliessenden Podiumsdiskussion durfte ich die Massnahmen des Bundes vorstellen, die alle auch am nächsten Tag bei der Debatte zur Neustrukturierung des Asylbereichs im Nationalratssaal beschlossen wurden.

Der Nationalrat beschliesst am Mittwoch ein rasches und faires Asylverfahren. Die Mehrheit der Asylverfahren sollen innert 140 Tagen abgeschlossen werden, der Rechtsschutz soll

verstärkt werden und es sollen Bundeszentren mit insgesamt 5000 Plätzen geschaffen werden. Es sind alles Forderungen, die an der CVP-Versammlung in Sattel vom Kantons- und Gemeindevertreter auch verlangt wurden. Meine Erkenntnis am Mittwochabend ist, dass die Verantwortlichen auf allen Stufen gut zusammenarbeiten und von einem Asylchaos überhaupt keine Rede sein kann. Ich stelle aber auch fest, dass die SVP keine Massnahmen treffen will, um im Asylwesen Verbesserungen anzubringen. Es scheint, dass die Partei interessiert ist, das Thema weiter bewirtschaften zu können. Wir stecken mitten im Wahlkampf und da muss man auf den Positionen beharren um sie weiter verkaufen zu können.

Auch ich mache Wahlkampf – aber nicht auf dem Buckel der Flüchtlinge und Asylsuchenden, sondern seit Dienstag mit **[www. harrassebiege.ch](http://www.harrassebiege.ch)**. Machen sie auch mit!

Alois Gmür, Nationalrat